



<b>Beschlussvorlage öffentlich</b>	Vorlage-Nr: <b>VO/2019/842</b>	
- öffentlich -	Datum: 15.02.2019	
FD 1.2 IT- Management	Ansprechpartner/in: Rix, Svend	
	Bearbeiter/in: Rix, Svend	
<b>Zukünftige Zusammenarbeit mit dem IT-Zweckverband Kommunit</b>		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
07.03.2019	Hauptausschuss	Entscheidung

### **Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung bis Jahresende einen möglichen Beitritt zum IT-Zweckverband Kommunit zu prüfen.

### **1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:**

Entfällt

### **2. Sachverhalt:**

Die Anforderungen an IT-Sicherheit und Datenschutz steigen stetig an. Darüber hinaus zeigt sich in der IT-Branche und für die öffentliche Verwaltung zunehmend ein Fachkräftemangel ab, der die Aufgabenerledigung im operativen Betrieb der lokalen Informationstechnik zunehmend erschwert. Des Weiteren bringt die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes in den kommunale Verwaltungen neue Herausforderungen mit sich. Sachgerecht erscheint es daher, sich auf eine effektive IT-Steuerung zu beschränken, IT und Digitalisierung als Gestaltungsmittel zu begreifen und die eigene Verwaltung möglichst weitgehend von Routinetätigkeiten und Unterstützungsleistungen zu entlasten

Um diesen Herausforderungen auch in der Zukunft gerecht werden zu können, erwägt der Kreis im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit seinen operativen IT-Betrieb an einen kommunalen IT-Dienstleister auszulagern bzw. eine entsprechende Kooperation einzugehen.

Ein möglicher Partner hierfür könnte der IT-Zweckverband Kommunit sein. Bis Jahresende sollte eine Prüfung erfolgen, ob dies eine Option für den Kreis sein kann.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Keine

**Anlage/n:**

Stellungnahme des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages nebst Anlagen

Landrat  
Herrn  
Dr. Rolf-Oliver Schwemer  
Kaiserstraße 8  
24768 Rendsburg

Per E-Mail: [rolf-oliver.schwemer@kreis-rd.de](mailto:rolf-oliver.schwemer@kreis-rd.de)

<b>Ansprechpartner</b> Dr. Sönke E. Schulz
<b>Durchwahl</b>  0431.57 00 50 11
<b>Aktenzeichen</b> SSc/K

Kiel, den 28.01.2019

## Auslagerung des operativen Betriebs der IT: Einschätzung des SHLKT

Sehr geehrter Herr Landrat, lieber Oliver,

der Kreis Rendsburg-Eckernförde erwägt den operativen Betrieb der IT an einen (kommunalen) Dienstleister auszulagern. Vor diesem Hintergrund hast Du um eine Einschätzung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages gebeten. Dieser Bitte komme ich gern nach.

Es existieren keine Grundsatzbeschlüsse der Gremien des SHLKT zu dieser Thematik. Die Geschäftsstelle setzt sich intensiv mit der Frage auseinander, ob ein eigener IT-Betrieb noch zeitgemäß ist. Dies war auch der Grund, weshalb sich auf Betreiben der Geschäftsstelle die Runde der Landrätin und der Landräte bereits im Jahr 2017 ausführlich mit den aktuellen Entwicklungen im Bereich IT und Digitalisierung befasst hat. Auf das anliegende Protokoll sowie die Präsentation, die Grundlage der Diskussion war, wird insoweit verwiesen. Einhellige Meinung war, dass für den operativen IT-Betrieb größere Einheiten anzustreben sind; lediglich hinsichtlich der zeitlichen Perspektive (kurz-, mittel- oder langfristig) und hinsichtlich der Intensität der Kooperation gab es ein differenziertes Meinungsbild. Erneut sei daran erinnert, dass sich z. B. die Hansestadt Bremen aufgrund einer aus Sicht der Verwaltung *unterkritischen* Anzahl zu betreuender Arbeitsplätze (ca. 6.000) für eine Kooperation mit Dataport entschieden hat.

Schon im Jahr 2017 habe ich für eine Professionalisierung des IT-Betriebs geworben, was insbesondere eine konsequente Trennung von Auftraggeber- (IT-Steuerung) und Auftragnehmerfunktionen (operativer Betrieb) voraussetzt. Diese Trennung lässt sich idealtypisch realisieren, wenn der operative Betrieb nicht "im eigenen Haus" verbleibt, sondern auf Basis einer vertraglichen Leistungsvereinbarung (ggf. ergänzt um eine Steuerung des Dienstleisters als Anteilseigner bzw. Träger oder Mitglied) von einem externen (kommunalen) Dienstleister bezogen wird.

Die Gründe, die im Jahr 2017 diese Einschätzung getragen haben, haben in den vergangenen zwei Jahren eher noch zugenommen: Die Anforderungen an IT-Sicherheit und Datenschutz sind weiter gestiegen, der Fachkräftemangel zeigt sich in der IT-Branche und für die öffentliche Verwaltung zunehmend und schließlich bringt die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes in den kommunale Verwaltungen neue Herausforderungen mit sich. Sachgerecht erscheint es, sich daher auf eine effektive IT-Steuerung zu beschränken, IT und Digitalisierung als Gestaltungsmittel zu begreifen und die eigene Verwaltung möglichst weitgehend von Routinetätigkeiten und Unterstützungsleistungen zu entlasten.

Ich hoffe, diese Einschätzung sowie die in der Anlage übersendeten Dokumente, können den Entscheidungsprozess im Kreis Rendsburg-Eckernförde unterstützen. Für Rückfragen stehe ich der Verwaltung und den Mitglieder des Kreistages jederzeit zur Verfügung.

Mit besten Grüßen,



Dr. Sönke E. Schulz  
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied



Landräterunde 8/2017  
6. November 2017, 14.00 bis 16.00 Uhr, Haus der Kommunalen Selbstverwaltung

## Protokoll

<b>Teilnehmer</b>	HEI	Landrat Dr. Klimant	
	RZ	Landrat Dr. Mager	
	NF	Landrat Harrsen	
	OH	Landrat Sager	
	PI	Landrat Stolz	
	PLÖ	Landrätin Ladwig	
	RD	Landrat Dr. Schwemer	
	SL	Landrat Dr. Buschmann	
	SE	Landrat Schröder	
	IZ	Landrat Wendt	
	OD	Landrat Dr. Görtz	
	SHLKT	GVM Dr. Schulz	
	SHLKT	Referent Schroeder	
	OD	Herr Krause	(für die AG Steuerung und Service)

Az.	
Zuständiges Referat	I (Dr. Schulz)
Zuständiger Ausschuss	

## Protokoll

**Landrat Dr. Klimant** führt in das Thema IT-Strategie der Kreise ein und verweist auf die Vorerörterungen, u. a. in der Landrätekonzferenz am 14.03.2017 zum IT-Benchmarking sowie in der Landrätekonzferenz am 05.09.2017 zur Weiterentwicklung der kommunalen E-Government-Struktur.

**Dr. Schulz** trägt anhand einer Powerpointpräsentation (**Anlage 1**) den aktuellen Stand der Diskussionen vor und skizziert die aufwachsenden Herausforderungen für die kommunale IT, u. a.: E-Government, Datenschutz, IT-Sicherheit, Fachkräftemangel. Er betont dabei die Differenzierung zwischen strategischer IT-Steuerung und dem IT-Betrieb als Dienstleistung für Verwaltung und Bürger. **Dr. Schulz** prognostiziert, dass es angesichts steigender Anforderungen mittelfristig für Kommunalverwaltungen notwendig sein wird, vermehrt Kooperationen einzugehen. Anderenfalls drohen Sicherheitsrisiken, mangelnde Gestaltungsfähigkeit und die Abhängigkeit von Bundes- und Landeslösungen.

**Landrat Dr. Klimant** führt in die Diskussion ein und bittet um eine Einschätzung, ob mittelfristig die Kreise in der Lage sein werden, die IT als Kreis eigenständig zu betreiben.

**Landrat Dr. Görtz** berichtet vom IT Verbund Stormarn mit rund 1.400 betreuten Arbeitsplätzen. Für den jetzigen Zeitpunkt schätzt er die Größenordnung des Dienstleisters als ausreichend ein. In der mittel- bis langfristigen Perspektive sei allerdings eine Vergrößerung anzustreben. **Dr. Görtz** weist auf fehlende Vergleichszahlen im Sinne einer Kosten- und Leistungsrechnung zwischen den Kreisen hin. Verlässliche Zahlen seien spätestens bei Entscheidungen über Kooperationen erforderlich. Zudem müsste zwischen den Kreisen eine Abstimmung der Fachverfahren angestrebt werden, wobei von Einzellösungen Abstand genommen werden müsse.

**Landrat Harrsen** berichtet von den Überlegungen vor dem Wechsel zur KommunIT. Ein Eigenbetrieb sei damals als nicht zukunftssicher angesehen worden. Die Betriebsgröße der KommunIT müsse vermutlich mittelfristig erweitert werden.

**Landrat Stolz** stimmt dieser Einschätzung zur KommunIT zu. Zudem wünscht er sich eine Klärung des Verhältnisses zu Dataport und eine Stärkung der Position der Kreise insgesamt.

**Landrätin Ladwig** beschreibt die IT des Kreises Plön als gut aufgestellt. Sie sieht aktuell keine Probleme, die den Eigenbetrieb in Frage stellen könnten. Falls langfristig eine Kooperation/Vergabe von Leistungen notwendig werden würde, müsste die Zugriffsmöglichkeit auf die eigenen Daten sichergestellt sein.

**Landrat Sager** sieht den jetzigen Zeitpunkt als ideal an, um die IT-Strategie der Kreise neu auszurichten: die Landesregierung habe die Digitalisierung als Schwerpunkt gesetzt; Dr. Schulz setze als Geschäftsführer die richtigen Impulse für die Kreise. **Landrat Sager** teilt die Auffassung, dass die Kreise sich stärker aufstellen und zusammenarbeiten müssen. Er fordert vom Land mehr Verbindlichkeit in der Digitalisierung.

**Landrat Wendt** berichtet von den Kooperationsbemühungen des Kreises Steinburg mit kreisangehörigen Kommunen. Diese Bemühungen seien bislang ohne Ergebnis

geblieben. Er teilt die Einschätzung, dass eine stärkere Abstimmung und Kooperation unter den Kreisen nötig sei, um Land und Bund gegenüber wahrgenommen zu werden.

**Landrat Dr. Schwemer** sieht die Notwendigkeit, mittelfristig Kooperationen einzugehen. Ein Eigenbetrieb der IT sei auf Dauer nicht sinnvoll möglich. Bei anzustrebenden Kooperationen sei die Bereitschaft erforderlich, Befugnisse abzugeben und Kompromisse einzugehen. **Dr. Schwemer** sieht die Landräterunde als Entscheidungsgremium für die IT-Steuerung der Kreise. Entsprechende Vorerörterungen sollten in der AG Steuerung und Service stattfinden.

**Landrat Harrsen** ergänzt, dass aus seiner Sicht verbindliche Vorgaben seitens des Landes zu akzeptieren seien. An diesen fehle es aber.

**Dr. Schulz** berichtet in diesem Zusammenhang von der unbefriedigenden Arbeitsweise des zentralen IT-Managements des Landes (ZIT). Strukturiertes Vorgehen, Verbindlichkeit und Zuverlässigkeit seien nicht feststellbar. Die Rolle des Chief Information Officer (CIO) und die Ziele und Planungen des Landes seien weitgehend unklar.

**Landrat Dr. Mager** wünscht sich einen Überblick über finanzielle Daten und Leistungen der IT in den Kreisen. Er hält eine Aussage seitens des Landes für erforderlich, ob die Kreise mit finanzieller Unterstützung für die Weiterentwicklung der IT zu rechnen hätten.

Es folgt eine Diskussion, ob ein differenziertes Zahlengerüst im Sinne einer Bestandsaufnahme hilfreich für weitere Entscheidungen sein könnte. **Landrat Dr. Görtz** hält eine solche Aufstellung für sinnvoll. **Landrat Dr. Schwemer** entgegnet, dass die IT vorrangig funktionieren und Sicherheit gewährleisten müsse. Ein differenzierter Vergleich der Kosten mit hohem Erhebungsaufwand würde bei strategischen Entscheidungen nur am Rande weiterhelfen.

**Landrat Dr. Klimant** fasst zusammen, dass eine grundsätzliche Übereinstimmung zur Notwendigkeit zukünftiger Kooperationen und Zusammenarbeit bestehe. Er bittet Dr. Schulz um einen Vorschlag für das weitere Vorgehen.

**Dr. Schulz** bedankt sich für die Bereitschaft der Landräte, sich der gemeinsamen Weiterentwicklung der strategischen IT anzunehmen. Er schlägt vor, mit Unterstützung einer kleinen Arbeitsgruppe ein erstes Positionspapier mit konkreten Punkten für die übernächste Landräterunde vorzubereiten. Zudem schlägt er eine Abfrage unter den Kreisen über aktuell und zukünftig geplante Fachverfahren vor. Im Rahmen der weiteren Konkretisierungen seien drei Themenkomplexe zu differenzieren:

1. **(Gemeinsamer) IT-Betrieb und Zukunft der (kommunalen) IT-Dienstleister** (u.a. Verständigung über ein gemeinsames Zielbild, Beschreibung der zeitlichen Perspektive, modulare Aufbauweise, Zusammenarbeit mit den Städten, Ämtern und Gemeinden),
2. **Basisinfrastrukturen** (u. a. Definition von Diensten, Infrastrukturen und Anwendungen, die als Basisstrukturen des Landes genutzt werden sollen, Vorschlag für Entscheidungsprozesse der Kreise hinsichtlich solcher Zusammenarbeit, verbindliche Vereinbarung von Regularien mit dem Land, Stärkung des ITVSH neu in diesem Kontext),
3. **Vereinheitlichung von Fachverfahren** (u.a. Fokussierung auf „Großvorhaben“, Etablierung eines Mechanismus, um im Vorfeld von Entscheidungen eine Abstimmung zu erreichen, Verfahren für eine gemeinsame Ausschreibung solcher Lösungen, Abhängigkeiten zu den Fragen des IT-Betriebs und Schnittstellen zum Land).

Mit diesem Vorschlag erklären sich alle Anwesenden einverstanden.

**Landrat Dr. Klimant** dankt für den Austausch und schließt die Sitzung um 16.00 Uhr.

<b>Beschlüsse</b>	<b>ohne</b>
-------------------	-------------

**Arbeitsaufträge**

- Erarbeitung eines Positionspapiers im Rahmen einer kleinen Arbeitsgruppe (Dr. Schulz, 2-3 Mitglieder der AG Steuerung und Service, Referent Schröder) bis zur übernächsten Landräterunde (Januar 2018)
- Abfrage unter den Kreisen über geplante Fachverfahren, z. B. E-Akte / Dokumentenmanagementsysteme



06. November 2017

Landräterunde: IT-Strategie

Dr. Sönke E. Schulz

# IT-Strategie der Kreise

## Problembeschreibung

---

- Es gab in der Vergangenheit verschiedene Versuche der Kreise, das Thema gemeinsam anzugehen.
- Ein IT-Benchmarking der Kreise konnte aufgrund der fehlenden Vergleichbarkeit nicht durchgeführt werden.
- Der Versuch, im bisherigen AK IT das Thema strategisch anzugehen, waren bisher nicht erfolgreich.
- Die rechtlichen (z.B. OZG) und tatsächlichen (z.B. IT in Schulen) Herausforderungen im Bereich IT und E-Government werden weiter zunehmen.
- Wenn sich die Kreise (Kommunen) nicht positionieren und die Herausforderungen aktiv angehen, droht eine (weitere) ungewollte Zentralisierung (durch Bund und Land).
- Die Haupttreiber für eine vermehrte Zusammenarbeit sind Fachkräftemangel, Datenschutz und IT-Sicherheit.

*intern*

*extern*

## Prüfung LRH 2013/2014

- Feststellung, dass die Kosten der IT in den meisten Kreisen nicht ermittelbar sind.
- Feststellung, dass die IT-Gesamtkosten als relevante Steuerungsgröße bekannt sein müssen.

Zusammenfassung LRH: „Der IT-Einsatz bei den Kreisen ist auch **2013/2014** nicht ordnungsgemäß. Defizite, die bereits bei den Prüfungen **1999** und **2004** in den Bereichen IT-Strategie, Datenschutz, IT-Sicherheit, Beschaffungen sowie Projektarbeit festgestellt wurden, haben sich erneut bestätigt.“

- Beginn: Februar 2013
- **Hauptziel:** Vergleich der IT- Gesamtkosten der Kreise
- **Ergebnis 2017:** die derzeitige Struktur der IT in den Kreisen und die (intransparente) Zuordnung der Kosten verhindern einen sinnvollen Vergleich
- Geleistete Grundlagenarbeit: Dokumentation der Unterschiede in Organisation, Strategie, Arbeitsweise und im Verständnis, was zur IT der Kreise gehört
- Insgesamt kaum Gemeinsamkeiten
- Stark unterschiedliche Strategien
  - Zentral vs. dezentral / Eigenverantwortung der Fachbereiche
  - Eigenwahrnehmung oder Durchführung durch Dienstleister
  - Hat der Kreis / der Landrat / die Kreispolitik überhaupt ein strategisches Interesse an IT?

## Wie unterscheiden sich die Kreise in der IT?

- Organisation der Aufgaben: 11 unterschiedliche Strukturen
  - Arbeitsweise in der IT: zentrale IT und dezentrale Aufgaben
  - Schwerpunktsetzung in der Entwicklung der IT, z.B. E-Government, Infrastruktur
  - Zuordnung der Kosten
    - Zuordnung zum zentralen IT-Budget und den Produkten in den Fachbereichen?
    - Unterschiedliche Inhalte der IT-Budgets (mit / ohne: Fachanwendung, Serverkosten, Druck und Kopie, Hardware, Abschreibungen, Kreisnetz, Personalaufwand, Softwarepflegeverträge, externe Beratungsleistungen...)
- 
- keine einheitliche Summe der IT-Gesamtkosten
  - Abweichungen zwischen den Kreise um sechsstellige Beträge
  - Nicht bereinigte, nicht einheitliche Gesamtkosten liegen zwischen 0,8 Mio. € und 2,6 Mio. € je Kreis und Jahr.
  - Eine Kostenarten-Rechnung mit der Kostenart „IT“ existiert nicht.

- Abgrenzung von Themenbereichen/Vorbemerkungen zur IT-Strategie
- IT als Dienstleistung und Folgen für die Organisation
- Inhalte einer IT-Strategie
- (Erste) Diskussion wesentlicher Grundfragen
- (Gremien-)Strukturen des SHLKT und der KLV/Rolle der Landräte
- Verabredungen zum weiteren Vorgehen/Strategieprozess

## Drei Themenfelder bedürfen einer differenzierten Betrachtung

### E-Government

- Bürger- und Außenkommunikation
- E-Akte
- Fachverfahren
- Portale
- Internetauftritt
- etc....

### Digitalisierung

- Mobilität/Verkehr
- Gesundheit
- Energie
- etc....

### Infrastruktur(en)

Breitband, Landesnetz, netznahe Dienste etc.

## Drei Themenfelder bedürfen einer differenzierten Betrachtung

---

- Das Thema „IT-Strategie“, das heute behandelt werden soll, betrifft die Aspekte **„Digitalisierung der Verwaltung“**, „E-Government“ und „Verwaltungsmodernisierung“.
- Auch das Themenfeld der **„Digitalisierung der Gesellschaft“** und der Rolle der Kreise hinsichtlich dieser Entwicklungen bedarf einer strategischen Betrachtung (im Sinne einer kommunalen „digitalen Agenda“) → *bleibt hier aber zunächst ausgeblendet.*

## Vorbemerkungen zur IT-Strategie

---

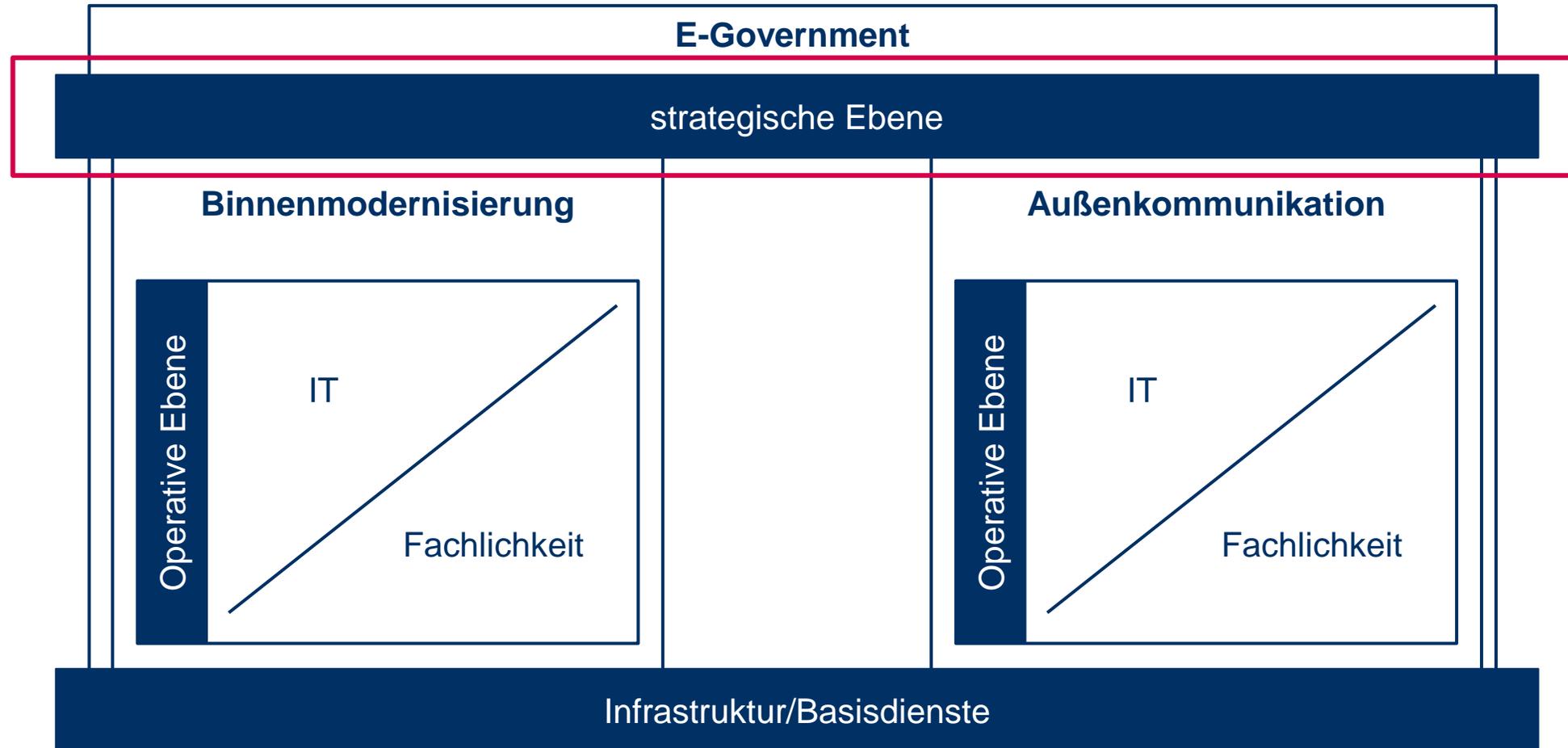
Zu klären sind zunächst der Betrachtungsgegenstand und die Zielsetzung:  
Denkbar sind nämlich

- **eine** IT-Strategie der Kreise in Schleswig-Holstein,
- die Unterstützung der IT-Strategien der Kreise in Schleswig-Holstein,
- oder aber: **abgestimmte IT-Strategien** der Kreise in Schleswig-Holstein.

Für letztgenannte Variante braucht es eine Verständigung

- über die Inhalte einer IT-Strategie,
- über bestimmte Grundannahmen/Zielsetzungen,
- über Funktionen, Rollen und Strukturen.

# Die strategische Ebene zielt auf Steuerung von Veränderungsprozessen



## Informations- und Kommunikationstechnik als Aufgabe?

---

- Informations- und Kommunikationstechnik haben **dienende Funktion**. Es handelt sich um „Unterstützungsfunktionen“.
- Das Funktionsprinzip ist eine **Auftraggeber-Auftragnehmer-Beziehung**: Dieses Grundverständnis ist wichtig für die Analyse der beteiligten Akteure und die Rollendefinition.
- IT muss aber auch als **Gestaltungsmittel** verstanden werden (deswegen bedarf es einer Steuerung durch Vorgaben, einer Zieldefinition und vor allem der Auftraggeberfähigkeit auf Seiten der Kreise).
- **Wichtig**: Auch die „eigene IT“ ist Dienstleister und funktioniert nach dem Prinzip Auftraggeber/Auftragnehmer!

## Auswirkungen auf die Organisation

---

Eine **Definition der Rollen** innerhalb der Kreisverwaltung ist erforderlich.

Folgende (interne) Akteure sind (soweit vorhanden) zu betrachten:

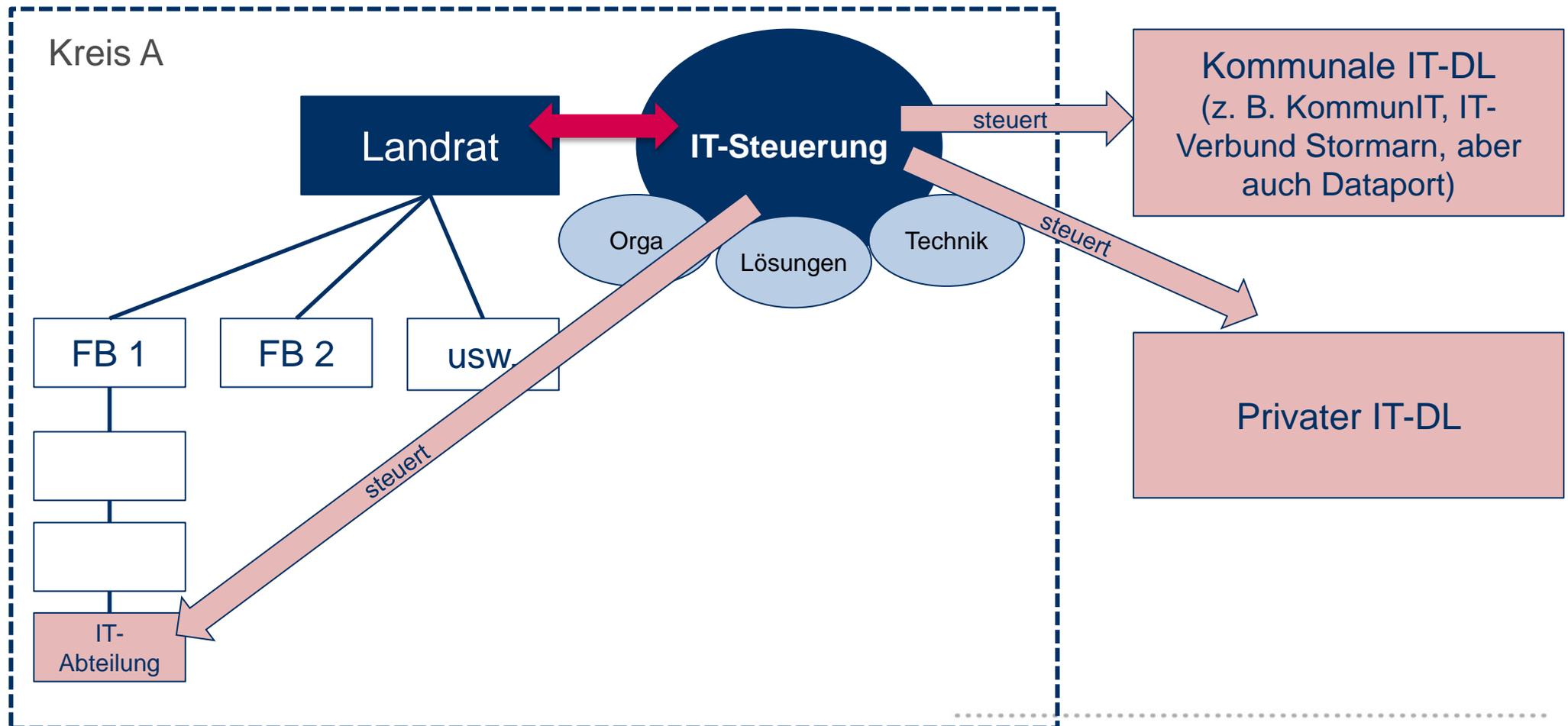
- IT-Stabstelle (Steuerung – „Auftraggeber“)
- Fachbereiche und Fachdienste (Anforderungsdefinition – „Kunde“)
- IT-Abteilung („Auftragnehmer“)

**Auftraggeberfähigkeit** (Steuerung des Dienstleisters) erfordert verschiedene Komponenten:

- **Organisation und Steuerung/Verwaltungsmanagement** (strategische Perspektive)
- **Lösungs-/Gestaltungskompetenz** (Definition von funktionalen Anforderungen)
- **Technische Expertise** (nicht im Sinne von „selber machen“, sondern im Rahmen der Anforderungsdefinition und der Überwachung der Dienstleister)

## Auswirkungen auf die Organisation

Diese Grundannahme ist unabhängig von der „Make-or-buy-Entscheidung“ des Kreises:



## Kommunale IT-Dienstleister in Schleswig-Holstein (Auswahl)

IT-Verbund Stormarn		Kreis Stormarn, Stadt Bad Oldesloe, Stadt Bargteheide, Stadt Reinbek, Stadt Reinfeld Amt Bad Oldesloe-Land, Amt Bargteheide-Land	
KommuniT		Kreis Pinneberg, Kreis Schleswig-Flensburg, Kreis Nordfriesland, Stadt Quickborn Amt Rantzaу, Amt Achterwehr, Gemeinde Kronshagen, Stadt Barmstedt, (Amt Horst)	3.700 betreute Arbeitsplätze
Dataport		(Trägerschaft von 70 Gebietskörperschaften über ITVSH)  IT-Betrieb z. B. für den Kreis Dithmarschen	Beispiel: Bremen 6.600 Arbeitsplätze

Die Anzahl der betreuten PC-Arbeitsplätze ist ein relevanter Faktor (z.B. für IT-Sicherheit)

## Organisation des IT-Betriebs der Kreise in Schleswig-Holstein

OD	IT Verbund Stormarn
HEI	Dataport
PI	KommunIT
SL	
NF	
SE	
PLÖ	Eigener IT-Betrieb
OH	Eigener IT-Betrieb
IZ	Eigener IT-Betrieb
RZ	Eigener IT-Betrieb
RD	Eigener IT-Betrieb
KI	Die Situation in den kreisfreien Städten ist vergleichbar.
NMS	
FL	
HL	

- in verschiedenen Kreisen wird über Kooperation nachgedacht

NORDEUTSCHE RUNDSCHAU 23. Oktober 2017 | 08:51 Uhr

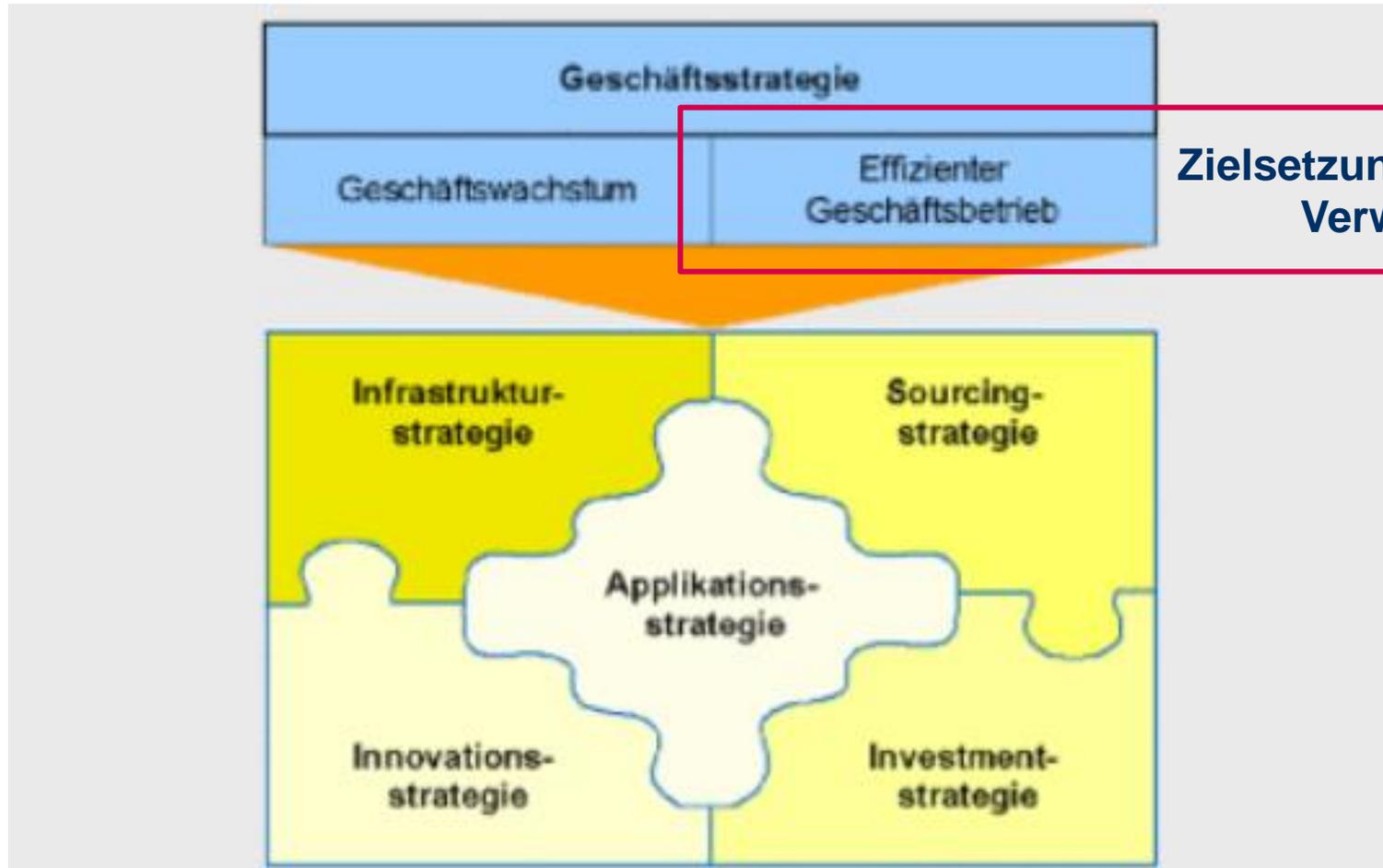
**ZUSAMMENARBEIT**

### „Sorglos-Paket“ für alle Verwaltungen

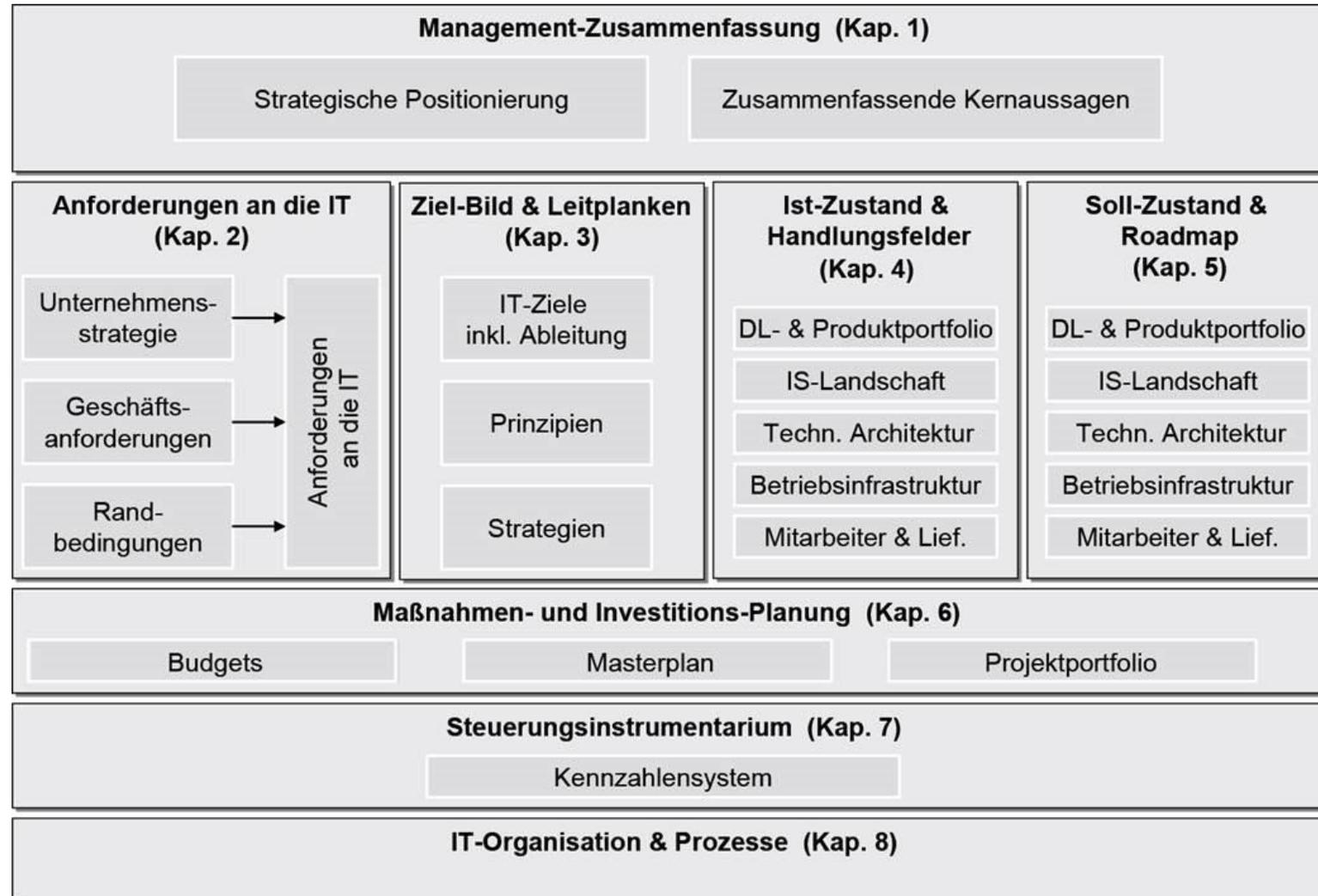
vom 12. Januar 2017 Aus der Redaktion der Norddeutschen Rundschau

Der Kreis Steinburg und die Ämter wollen im IT-Bereich zusammenarbeiten. Ein geplanter Zweckverband wird jedoch vermutlich zu teuer.

- KommunIT hat bis Abschluss der Migration der Kreise NF und SL „Aufnahmestopp“ (dies erhöht den Druck seitens des kreisangehörigen Bereichs auf die Kreise)



**Zielsetzung auf die öffentliche Verwaltung übertragbar!**



## IT-Strategie der Kreise: Arbeitsstand des AK IT

---

Vom AK IT sind folgende Themenblöcke als **strategisch relevant** herausgearbeitet worden:

1. „Kommunikation“
  - a. Extern (iAFM u.ä., papierlose Verwaltungsvorgänge)
  - b. verwaltungsintern (ersetzendes Scannen, E-Akte)
2. Geo-Daten
3. IT- Sicherheit (BSI-Anforderungen, Signatur, sichere Archivierung...)

**Nicht übergreifend relevant:** Harmonisierung der Fachverfahren und die Frage, wer die IT-Leistungen für den Kreis erbringt.

## (Erste) Diskussion einzelner Aspekte

---

Es sollte der Versuch unternommen werden, über bestimmte Grundannahmen Konsens zu erzielen:

1. IT hat **dienende Funktion**/IT als Dienstleistung, die (intern oder extern) beschafft wird
2. *(und da gehen die Meinungen schon auseinander)*: mittelfristig (3-5 Jahre) wird es den Kreisen nicht mehr möglich sein, eine **eigene IT** in der erforderlichen Qualität und Sicherheit (Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit) zu betreiben (Grund: zunehmende rechtliche Anforderungen, IT-Sicherheit und Fachkräftemangel)

## (Erste) Diskussion einzelner Aspekte

---

Ein gemeinsames Verständnis über folgende Elemente dürfte die Abstimmung der Kreise untereinander erleichtern:

- „Leistungstiefe“-Entscheidung (was macht man selbst? was wird ausgelagert? an wen?) → damit stellt sich auch die Frage: Rolle der IT-Dienstleister der Kommunen und Rolle von Dataport
- In welchen Bereichen bieten sich Kooperationen an?
- Mit wem bieten sich Kooperationen an?
  - zwischen den Kreisen und Städten
  - innerhalb der kreisangehörigen Gemeinden (oder: Kreise als Dienstleister?)
  - mit dem Land
- Positionierung der Kommunen gegenüber dem Land, gemeinsame Basis-Infrastrukturen Land/Kommunen

## Das Beispiel „Basisinfrastrukturen“

---

### *§ 8 EGovG SH: Zentrale Dienste des Landes*

*(1) Das Land kann für die elektronische Abwicklung von Verwaltungsabläufen zentrale Dienste einrichten (Basisdienste).*

*(4) Sofern die inhaltliche oder technische Funktionsfähigkeit der Basisdienste und der mit ihnen verfolgten Zwecke in Schleswig-Holstein durch Regelungen im Sinne des Absatz 3 nicht gewährleistet werden kann oder höherrangiges Recht dies erfordert, kann die Verordnung auch vorsehen, dass bestimmte Fachanwendungen zu verwenden sind. Sofern notwendig kann die Verordnung gegenüber den jeweiligen Trägern der öffentlichen Verwaltung auch eine Teilnahme- oder Nutzungsverpflichtung für die Basisdienste des Landes vorsehen. Sind kommunale Körperschaften betroffen, ist dies nur im Bereich der Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung möglich.*

Wo ist man bereit, einheitliche Dienste zu nutzen?

- Landesnetz (+)
- Basis-Clients (?), E-Mail-Server (?), E-Akte (?), Telefonanlage (?),
- Portallösungen (?), Online-Verfahren (?), Fachverfahren (?)

## Das Beispiel „Fachverfahren aus dem Umweltbereich“

---

Die Fachverfahren **K3 Umwelt / BALVI / TSN** zeigen exemplarisch die Schwierigkeiten, zum gemeinsamen IT-Einsatz zwischen Land und Kreisen zu kommen.

- in den letzten Jahren enormer Abstimmungsaufwand ohne zufriedenstellendes Ergebnis
- keine oder nicht angepasst vertragliche Regelungen, kein Konsens über die Finanzierung
- Konflikt um dezentrale vs. zentrale (Landes-)Lösung
- dieser Bereich steht exemplarisch für die vielfältigen Akteure und die daraus resultierenden Abstimmungsschwierigkeiten (Fachlichkeit, IT, Steuerung)

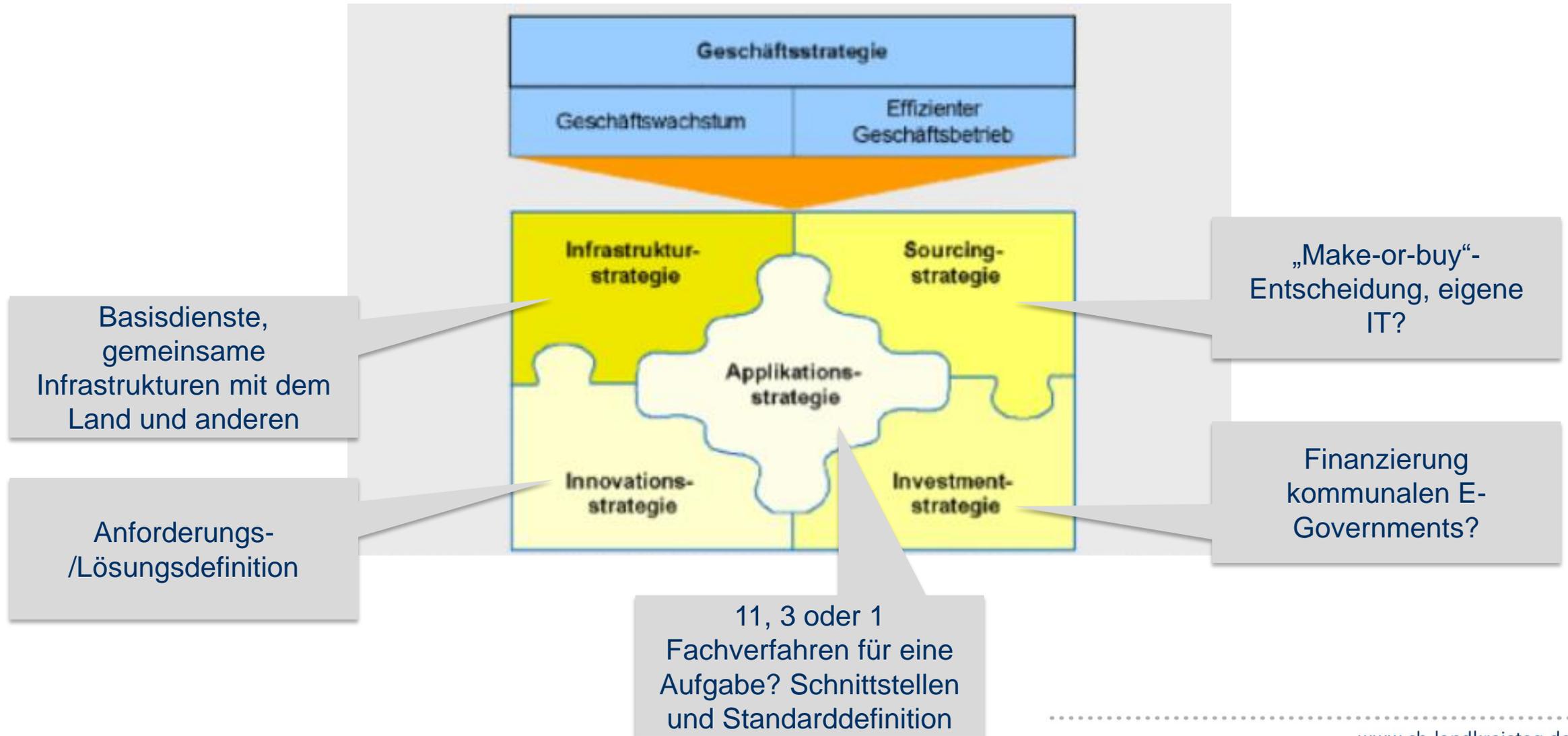
## Das Beispiel „Fachverfahren aus dem Umweltbereich“

---

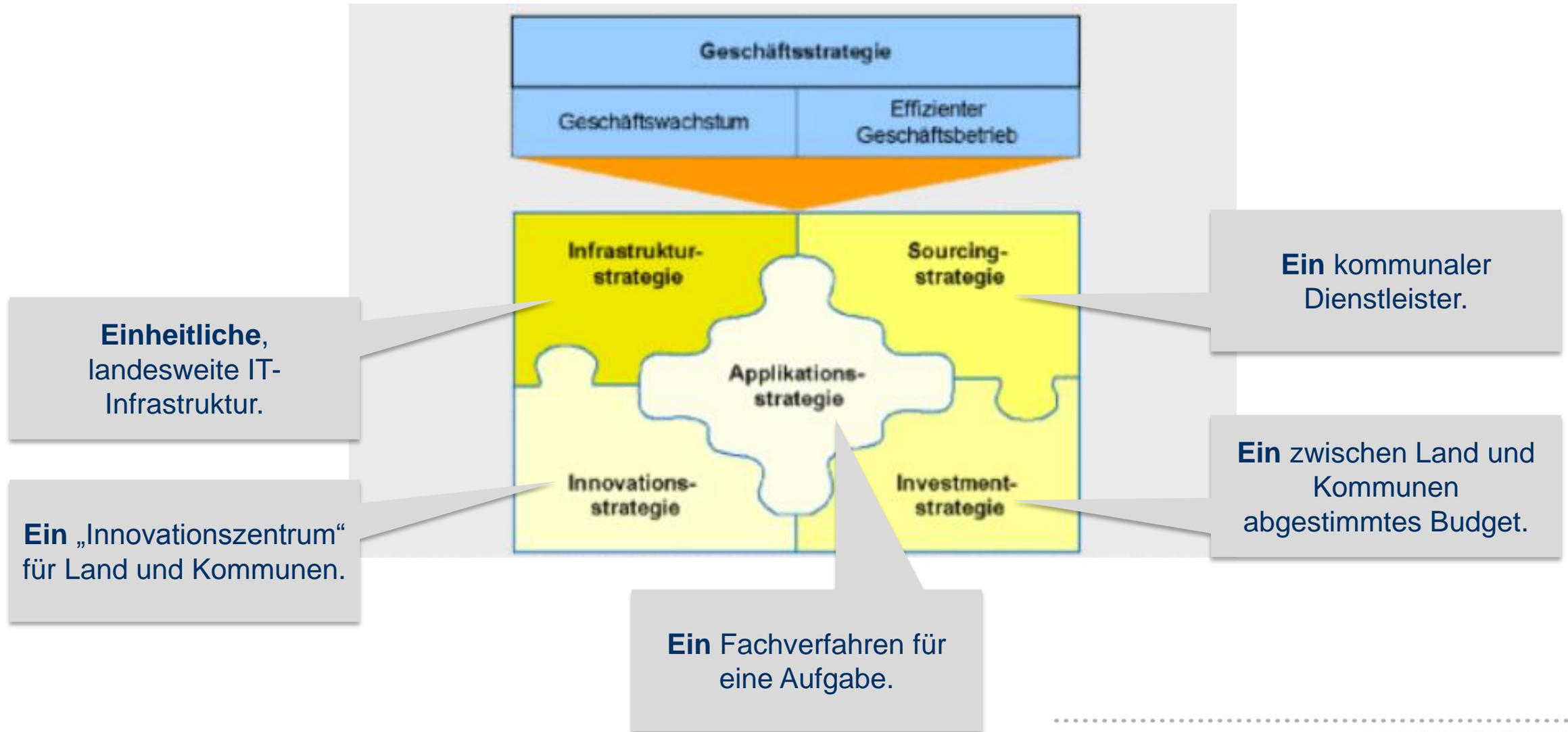
Sachgerechte Lösungsansätze könnten sein:

- Definition **fachlicher Anforderungen** durch die Anwender, Absprachen zur Finanzierung, zu Nutzungsbestimmungen und zu technischer Umsetzung als Basisdienst durch das Land (abgestimmt mit KLV bzw. ITVSH neu)
- Für die Finanzierung: Trennung von Investition (Land allein) und Betriebskosten (durch Land und Kommunen, Anteile festgelegt nach individuellem Nutzen)
- Setzt aber voraus: die Kommunen müssen auch bereit sein, zentrale Lösungen zu akzeptieren; das Argument „der Nutzen von zentralen Lösungen läge allein beim Land, dann müsse das Land auch bezahlen“, stimmt nur zum Teil: zentrale Lösung ersetzt dezentrale Lösungen (die ebenfalls betrieben und gepflegt werden müssen) und bietet ggf. bessere Qualität und Synergieeffekte

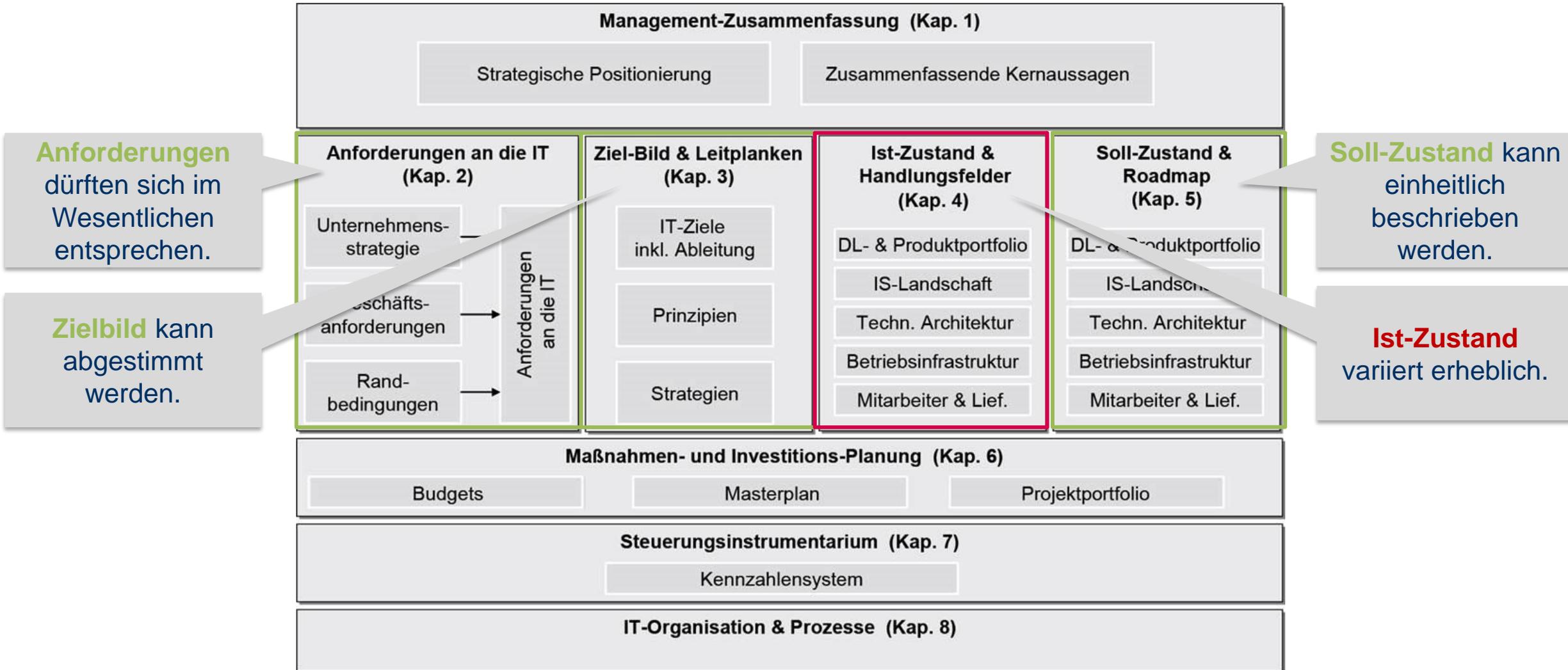
## Diese Grundentscheidungen haben unmittelbare Auswirkungen auf die IT-Strategie



# Es kann auch jeweils die „Extremlösung“ gedacht werden!



# Vielen Themen kann man sich gemeinsam nähern!



## (Gremien-)Strukturen des SHLKT und der KLV/Rolle der Landräte

---

Es bedarf einer Abstimmung zu folgenden Themen:

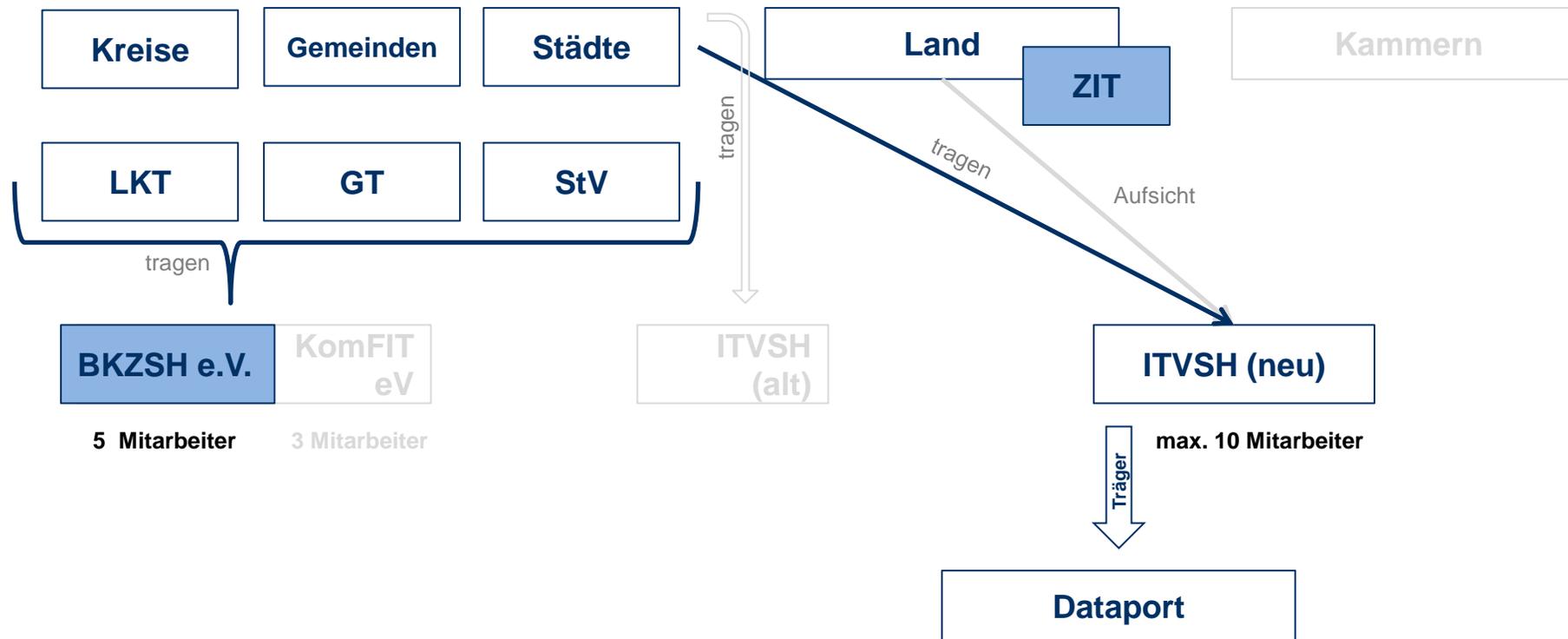
- Strategische Ebene
- Lösungsebene (IT als Gestaltungsmittel)
- Technik (Standards, Schnittstellen, Sicherheitsanforderungen)

Der derzeitige **AK IT** erscheint nicht geeignet:

- heterogene Besetzung
- strategische Themen sollten nicht von der IT-Abteilung erörtert werden
- technische Themen erfordern eigentlich auch Austausch mit den IT-Dienstleistern (die aber, bis auf die eigene IT, nicht vertreten sind)
- Lösungsebene eigentlich beim KomFIT angesiedelt

## (Gremien-)Strukturen des SHLKT und der KLV/Rolle der Landräte

Die Überlegungen zur (Gremien-)Struktur sollten auf Basis der Planungen der KLV für KomFIT, ITVSH und EA SH erfolgen.



## (Gremien-)Strukturen des SHLKT und der KLV/Rolle der Landräte

---

In der AG Steuerung vorerörtert wurde folgende Zuordnung der Themenfelder:

- **Strategische Ebene: AG Steuerung** und Bericht an die Landräte → hier sollte auch die begonnene Diskussion zu den genannten Themen weitergeführt werden
- **Lösungsebene:** perspektivisch angesiedelt bei **ITVSH** neu → sicherzustellen ist aber eine Vertretung der Kreise durch Personen, die auch diese Perspektive (Organisation/Steuerung/Gestaltung) einnehmen können
- **Technik:** bei einem weitgehenden Dienstleistungsverständnis erscheint dies weniger die Aufgabe von Gremien im SHLKT; zu organisieren wäre ein Austausch der IT-Dienstleister (einschließlich der Kreise, die ihre IT selbst betreiben) → könnte perspektivisch auch bei ITVSH neu angesiedelt werden

## Verabredungen zum weiteren Vorgehen/Strategieprozess

---

Folgendes weiteres Vorgehen erscheint sachgerecht und sollte diskutiert werden:

- Auftrag an die **AG Steuerung**, die genannten Themen weiter zu behandeln, ggf. in einer Unterarbeitsgruppe.
- Ziel sollte zunächst sein, Klarheit darüber zu bekommen, bei welchen Aspekten/Grundannahmen ein **Konsens der Kreise** zu erzielen ist
- Soweit dies nicht der Fall ist: Entscheidung, ob zumindest ein Teil der Kreise gemeinsam weiterarbeitet („zwei Geschwindigkeiten“) → dieser Prozess sollte parallel zum „Umbauprozess“ der KLV-Strukturen und abgeschlossen werden (Zielmarke: 1.1.2019)
- Darauf basierend könnten dann eine abgestimmte Ist-Aufnahme (Benchmarking?) als Grundlage weiterer Schritte erfolgen, konkrete Strategiemeasures koordiniert werden und eine Vereinheitlichung der Steuerungsstrukturen in den Kreisen diskutiert werden.



**06. November 2017**

**Landräterunde: IT-Strategie**

Dr. Sönke E. Schulz

**Vielen Dank!**